

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Bürgermeister,  
sehr geehrte Kollegen im Gemeinderat,  
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadt,  
sehr geehrte Heidelberger,

der Haushaltsentwurf atmet den derzeitigen linksgrünen Zeitgeist. Es wäre eine enorme Herausforderung, ihn in einen Zustand zu bringen, dem ich guten Gewissens zustimmen könnte. Eine immense Anzahl an Änderungsanträgen wäre nötig – vielleicht wäre es sogar einfacher komplett bei Null zu beginnen.

Ich bitte daher darum, die von uns eingebrachten Änderungsanträge nicht als abschließend zu betrachten. Auch wenn alle unsere Änderungsanträge eine Mehrheit in den Haushaltsberatungen finden, ist es absehbar, dass der Haushaltsentwurf trotzdem noch nicht zustimmungsfähig ist.

Vielmehr ist das Ziel, unsere grundsätzlich alternative Richtung zu vermitteln, die wir mit einer parlamentarischen Mehrheit einschlagen würden. Priorität für Deutschland und das Wohl der Bürger wären dabei unser Leitmotiv.

Ich stelle Ihnen nun die Änderungsanträge der AfD-Gruppe im Einzelnen vor.

## **Klimareligion**

Unsere finanziell größte Kürzung betrifft die Klimareligion. Eine Gesamtübersicht der Ausgaben für den sogenannten Klimaschutzaktionsplan gibt es im Haushaltsentwurf leider nicht. Dies wäre eine sehr interessante Zahl – die Bürger dort draußen könnten sofort sehen, wie viele Millionen hierfür verschwendet werden. Die Klimareligion steckt tief verwurzelt in immens vielen Teilhaushalten, mitunter verwoben mit Anliegen, die tatsächlich einen Gewinn für die Bürger Heidelbergs darstellen. Generell wäre es unsere Position, alle Mittel zu streichen, die ausschließlich mit der Klimareligion begründet sind und keine anderen positiven Auswirkungen auf das Lebensgefühl und den Wohlstand der Heidelberger Bürger haben. Die Kürzung von 40 Millionen Euro ist aus diesem Grund auch keine vollständige Zusammenrechnung der unter Teilhaushalt 31 gelisteten Klimamaßnahmen, sondern nur ein grober Überschlag mit etwas Luft.

## **Interkulturelles Zentrum**

Eine weitere Kürzung betrifft die Streichung des Teilhaushalts zum Interkulturellen Zentrum. Yascha Mounk hat es in den Tagesthemen am 20. Februar 2018 wie folgt in einem Interview ausgedrückt: „... dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln ...“. Die Durchführung dieses Experiments ist aus unserer Sicht nicht erstrebenswert. In der Beschreibung des Teilhaushalts wird meiner Lesart nach deutlich, dass hier Steuermitteln eingesetzt werden, um genau dieses Ziel zu erreichen. Daher sollen alle Geld- und Sachmittel für das Interkulturelle Zentrum gestrichen werden.

Beim Stichwort „Experiment mit Menschen“ oder „Experiment mit Völkern“ wird auch überdeutlich, wie sehr meine moralischen Werte mit jenen des Zeitgeists kollidieren. Ich empfinde solche Experimente als zutiefst abstoßend, menschenunwürdig und widerlich. Leider haben wir in den letzten Jahren gesehen, beim Massenexperiment mRNA-Spritzen, wie gnadenlos der politmediale Komplex mit Menschenleben spielt und welchen geringen Wert Menschenleben für diesen Komplex darstellen. Mit Fake-News, Fake-Wissenschaft und brutalem gesellschaftlichen Druck wurden Millionen von Menschen gezwungen an diesem Experiment teilzunehmen.

## **Aufarbeitung des Corona-Unrechts**

Das muss aufgearbeitet werden! Die Corona-Maßnahmen haben erhebliche, nicht nur gesundheitliche, Schäden bei vielen Heidelberger Bürgern angerichtet. Sie haben auch zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft geführt. Menschen, die sich dem Impfdruck von Politik und Medien nicht gebeugt haben, wurden massiv ausgegrenzt. Viele Bürger wurden ihrer Grundrechte beraubt. Insbesondere Kinder wurden – durch wissenschaftlich nicht begründete Maßnahmen – jahrelang gequält. Eine Aufarbeitung auf Bundesebene reicht nicht. Hier ist auch Heidelberg in der Pflicht eine kommunale Aufarbeitung durchzuführen.

Ein Runder Tisch, unter Hinzuziehung der Opfer der Maßnahmen und derjenigen Experten, die zu Zeiten der Maßnahmen massiv diskreditiert und diffamiert wurden, ist ein guter Startpunkt. Diese Experten lagen, in überwältigendem Maße, bereits 2020 richtig mit ihren Einschätzungen. Herr Oberbürgermeister, gehen Sie auf das Angebot aus der letzten Gemeinderatssitzung von Dr. Gunter Frank ein!

## **Keine LSBTIQ+ Indoktrination**

Auch wollen wir keine Spaltung der Gesellschaft durch Steuergeld für „woke“ Projekte. In Heidelberg werden neben dem Queer Festival, wieder in vollem Einklang mit dem woken Zeitgeist, Angriffe auf die seelische Gesundheit von Jugendlichen finanziert. Queer Youth und Fachstellen für Rainbow City Kids dürfen auf keinen Fall staatliche Gelder erhalten. Umfragen aus den USA zeigen, dass die LSBTIQ+Indoktrination erschreckenderweise extrem erfolgreich ist. 20% der Generation Z identifizieren sich dort bereits als Buchstabensalat. Ziel dieser kranken Ideologie ist es nicht nur, die Kinder seelisch zu verwirren und zu zersetzen. Mit Pubertätsblockern – vom deutschen Familienministerium 2022 beworben – und chemischer Kastration, sowie kompletter Verstümmelung von Geschlechtsorganen, werden auch die Körper der Kinder unwiderruflich zerstört. Eine Horrornachricht nach der anderen findet sich hierzu in der Presse. Wir wollen nicht, dass solche Nachrichten aus Heidelberg kommen.

## **Umweltschutz statt Windindustrie**

Ein weiteres Experiment ist die Umwandlung von Windenergie in Strom. Auswirkungen auf das Mikroklima – weitgehend unbekannt. Das Land Baden-Württemberg plant, dass in dem FFH-Schutzgebiet Lammerskopf riesige Windindustrieanlagen errichtet werden sollen. Hier wollen wir, dass die Stadt Heidelberg durch Informationskampagnen die Bürger über die dramatischen negativen Auswirkungen dieser Industrie auf Umwelt und Lebensqualität aufklären soll. Spiegelbildlich zu den Kampagnen mit denen Heidelberger in die mRNA-Spritzen getrieben wurden, soll hier mit ähnlich hohem Aufwand informiert werden. Nur dieses Mal eben im Sinne der Bürger und nicht gegen deren Interessen.

## **Schulsanierungen**

Abschließend bringen wir noch einen Antrag ein, die Mittel für die Schulsanierungen deutlich zu erhöhen. Auch perspektivisch für die folgenden Doppelhaushalte. Die Bildung unserer Kinder muss uns mehr wert sein. Sowohl inhaltlich, Änderung an Lehrplänen und Lehrmaterialien sind dringend nötig – aber dies muss auf einer anderen politischen Ebene erfolgen. Als auch organisatorisch. Wir in der Kommune müssen für einen optimalen Zustand der Lehrgebäude sorgen. Die Haushaltsberatungen haben klar gezeigt, dass dafür ein Mittelhochlauf im Bereich der Schulsanierung erforderlich ist. Mittel, die problemlos zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn nicht so viele Millionen für schädliche Ideologien ausgegeben würden.

Ich Danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die AfD-Gruppe im Gemeinderat

Timethy Bartesch